

Nr. 19/936

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))
2. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1222](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1276](#))
3. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))
4. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))
5. Bessere medizinische Versorgung in benachteiligten Stadtteilen: Neue Wege in der kommunalen Gesundheitspolitik, zum Beispiel durch Stadtteilgesundheitszentren, prüfen und einschlagen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1486](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1585](#))
6. Kommt der Senat bei der wirksamen Bekämpfung und Prävention von Armut voran?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1490](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1586](#))

7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
2. Lesung
8. Fünf Jahre Wohnraumförderprogramme des Senats – Bilanz und Perspektiven
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1521](#))
9. Lagebild zum Linksextremismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1526](#))
10. Bremens Standortprobleme endlich anpacken – Image verbessern!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1528](#))

Nr. 19/937

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Warnsignal Hachez – Ist die Wirtschaftspolitik im Land Bremen
breit genug aufgestellt?“**

Nr. 19/938

Nach Hachez muss Schluss sein – Markenstandort Bremen endlich verteidigen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. März 2018
(Drucksache [19/1572](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/939

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 13. März 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1450](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Weitere Befristung der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße
 Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
 (Drucksache [19/1551](#))
 1. Lesung
 2. Lesung
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
3. Bericht über die Weiterentwicklung der Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem
 Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
 (Drucksache [19/1553](#))
 Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Die Zukunft der bremischen Häfen sichern!
 Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
 (Drucksache [19/1554](#))
 Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen
 Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
 (Drucksache [19/1413](#))
 2. Lesung
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung mit den durch die Drucksache 19/1559 angenommenen Änderungen.
6. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen
 Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 28. Februar 2018
 (Drucksache [19/1559](#))
 Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zu.
 Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
7. Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes
 Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 28. Februar 2018
 (Drucksache [19/1561](#))
 1. Lesung
 2. Lesung
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
8. Anpassung der Entschädigungsleistung
 Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 1. März 2018
 (Drucksache [19/1562](#))
 Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

9. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich regeln
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. März 2018
(Drucksache [19/1570](#))
1. Lesung
- Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.
10. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
- Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten
- Jens E c k h o f f
- anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.
11. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
- Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete
- Silvia N e u m e y e r
- anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum Mitglied und die Abgeordnete
- Christine S c h n i t t k e r
- anstelle der Abgeordneten Silvia Neumeyer zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.
12. Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
- Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten
- Turhal Ö z d a l
- anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
13. Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
- Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten
- Sascha L u c h t
- anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.
14. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
- Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete
- Birgit B e r g m a n n
- anstelle des Abgeordneten Peter Zenner zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

15. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Birgit B e r g m a n n

anstelle des Abgeordneten Peter Zenner zum Mitglied und den Abgeordneten

Peter Z e n n e r

anstelle der Abgeordneten Lencke Steiner zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

16. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Birgit B e r g m a n n

anstelle der Abgeordneten Lencke Steiner zum Mitglied und die Abgeordnete

Lencke S t e i n e r

anstelle der Abgeordneten Julie Kohlrausch zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

17. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn

Dr. Volker R e d d e r

anstelle des Abgeordneten Magnus Buhkert zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Nr. 19/940

Beitragsfreiheit für Kindergärten auch im Land Bremen unverzüglich einführen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1541](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/941

Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung einführen - Zugangshürden abbauen, Chancengleichheit herstellen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1578](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/942

Kitas beitragsfrei machen – weiteren Ausbau und Betreuungsqualität sicherstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1581](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 14. März 2018

(Drucksache [19/1589](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 30. Mai 2018 ein Konzept vorzulegen, wie zum Kita-Jahr 2019/2020 eine Beitragsfreiheit in die Ü3-Betreuung in Kitas und Tagespflege des Bundeslandes Bremen eingeführt werden kann, insbesondere ist dabei darzustellen,

- a. wie und in welchem Umfang den Kommunen die entgehenden Elternbeiträge ersetzt werden könnten,
- b. welche exakten Kosten für den Haushalt des Landes und der Stadtgemeinden entstehen würden und wie diese in Zukunft zu decken wären,
- c. wie unter den Bedingungen der Beitragsfreiheit die Weiterentwicklung und Intensivierung der Qualitätsverbesserung der Kitas, unter anderem in Form von Sprachförderangeboten, der Einführung von an die sozialen Herausforderungen angepassten Personalstandards, der notwendigen Vernetzung im Sozialraum sowie für eine flächendeckende Kooperation zwischen Kita und Schule, vorangetrieben werden kann,
- d. wie unter diesen Bedingungen der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung und das Ziel, die IV. Quartalskinder in die U3-Betreuung zu integrieren, realisiert werden kann.

Nr. 19/943

Erhöhte Wachsamkeit: Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1438](#))

Der Senat wird aufgefordert, bis zum Jahresende 2018 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992, 2000, 2008 und 2013 stehenden sechsten Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen vorzulegen. Dabei sollen insbesondere auch neu entstandene Phänomene und Gruppierungen wie die Reichsbürger sowie die Identitäre Bewegung und die Junge Alternative beleuchtet und Gegenstrategien dargestellt werden. Zudem gilt es, personelle Überschneidungen zwischen der Jungen Alternative, der Identitären Bewegung und Reichsbürgern aufzudecken und generell den Einfluss rechtsextremer Gruppierungen wie der Identitären Bewegung auf politisch rechte Jugendorganisationen zu untersuchen.

Nr. 19/944

Regelmäßige Berichte über politischen und religiösen Extremismus vorlegen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1579](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Inneres ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/945

Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für Geflüchtete wieder herstellen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2017
(Drucksache [19/1239](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/946

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte neu regeln

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1488](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/947

Koalitionskompromiss zum Familiennachzug entlastet Länder und Kommunen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1542](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/948

Recht auf Familiennachzug abschaffen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1352](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/949

Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1241](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. November 2017

(Drucksache [19/1378](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/950

Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1286](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.